

Landrat Wilkes wies darauf hin, dass inhaltlich gegenüber den seither getrennten Regelungen keine Veränderungen vorgenommen worden seien. Gegen die vorgeschlagene Ergänzung hinsichtlich der Verleihung von Ehrenbezeichnungen gebe es aber keine Einwände.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss beschließt folgende Änderung von § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 1 des Entwurfs der "Ehrensatzung des Kreises Bergstraße": Der jeweils letzte Satz: "Der Ehrentitel wird nach der zuletzt ausgeübten Tätigkeit verliehen." wird wie folgt ergänzt: "Der Ehrentitel wird nach der zuletzt oder der überwiegend ausgeübten Tätigkeit verliehen."

Unter Berücksichtigung dieser Änderung empfiehlt er dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt die 'Ehrensatzung des Kreises Bergstraße' gemäß dem der Vorlage 17-0244 beiliegenden Entwurf vom 25.11.2011. Die Satzung tritt am 01.01.2012 in Kraft.

Die neu gefasste 'Ehrensatzung des Kreises Bergstraße' ersetzt folgende Satzung und Richtlinien ersatzlos:

- die 'Satzung über die Schaffung und Verleihung einer Ehrenplakette des Kreises Bergstraße sowie über die Verleihung von Ehrenbezeichnungen' vom 01.11.1999, zuletzt geändert am 29.08.2011.
- Punkt 4. der Vereinsförderrichtlinien des Kreises Bergstraße über die Verleihung der Ehrennadel.
- die Richtlinien des Kreises Bergstraße zur Verleihung des Ehrentitels 'Botschafter / Botschafterin der Bergstraße'."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 2: Kreditaufnahme aus der Kreditermächtigung 2010 Vorlage: 17-0243

Die Kenntnisnahme der Vorlage wurde wegen fehlerhafter Laufzeitangabe bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Punkt 3: Anzeigepflicht der Mitglieder kommunaler Organe gemäß § 26 a HGO i.V.m. § 18 Abs. 1 HKO und § 8 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Bergstraße; hier: Unterrichtung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses über die für 2011 abgegebenen Anzeigen Vorlage: 17-0277

Der Ausschuss hat von der Vorlage 17-0277 Kenntnis genommen.

"Der Kreistag beschließt gemäß § 29 Abs. 1 HKO i. V. m. §§ 5 Nr. 4 und 30 EigBGes den der Vorlage 17-0258 als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2012 für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 10: **Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2012, Beschlussfassung über das Investitionsprogramm 2012-2015 und Beschlussfassung über die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2015**
Vorlage: 17-0255/1

Zur Beratung lagen folgende Unterlagen vor:

- Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012, Stand: Feststellung des Kreisausschusses am 31.10.2011;
- in der Sitzung verteilte "weiße" Liste mit den Änderungen, die sich nach dem 07.11.2011 ergeben haben (incl. neuer Entwürfe der Haushaltssatzung, des Vorberichts, des Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushalts, der Ergebnis- und Finanzplanung, des Investitionsprogramms sowie des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für den Finanzplanungszeitraum 2012 - 2015 (Stand 25.11.2011)
- Vorlage des Jugendamtes 17-0321 - Strategiepapier zum Bildungs- und Teilhabepaket; hier: Soziale Arbeit an Schulen - Entwicklungen in der Eingliederungshilfe (Erledigung von Aufgaben aus der 17-003. Sitzung des HFPA am 23.09.2011)

Im Zusammenhang mit der "weißen" Änderungsliste und deren Anlagen wies Kreisbeigeordneter Schimpf ergänzend auf folgende Punkte besonders hin:

- die Erhöhung des negativen Jahresergebnisses des Gesamtergebnishaushaltes infolge der in dieser Liste aufgeführten Veränderungen von rd. -34,18 Mio. € auf rd. -36,92 Mio. €;
- die mit einem Sperrvermerk versehene Erhöhung der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse bei Produkt 2085 Schulverwaltung an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft um 2 Mio. €;
- mögliche weitere Veränderungen, u. a. Verbesserung des Jahresergebnisses des Gesamtergebnishaushaltes auf Grund der vom Hessischen Landkreistag mitgeteilten jüngsten Steuerschätzungen und deren Auswirkungen auf den Kommunalen Finanzausgleich um rd. 3,5 bis 3,7 Mio. € auf geschätzt rd. 33,3 Mio. € (diese Veränderungen sollen in der Sitzung am 9.11.2011 mitgeteilt werden).

Sodann befasste sich der Ausschuss im Einzelnen mit den Entwürfen der Teilhaushalte 01, 04 und 06, des Investitionsprogramms für den Zeitraum 2012 - 2015 sowie der Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes (in Gegenüberstellung der Fassungen vom 04.10.2011 und 25.11.2011).

Abschließend erfolgten bis auf das Haushaltskonsolidierungskonzept Einzelabstimmungen, die bei den jeweiligen Abschnitten vermerkt sind.

a) Haushaltsentwurf 2012

Bei der Beratung über die Entwürfe der Teilhaushalte 01, 04 und 06 gab es keine Änderungsvorschläge. Zu zahlreichen Produkten wurden jedoch Fragen gestellt, zu denen die Dezernenten und Mitarbeiter der Verwaltung Auskünfte gaben:

Teilhaushalt 01:

- Produkt 1030 - Bürgerservice und Ehrenerweise

Die veranschlagten Mehraufwendungen unter Nr. 13 (Aufwendung für Sach- und Dienstleistungen hängen u. a. mit dem 75jährigen Kreisjubiläum 2013 zusammen (20 T€).

- Produkt 1051 - Personalmanagement und -entwicklung

Abgeordneter von Hunnius bat um eine zahlenmäßige Aufschlüsselung des unter Nr. 11 (Personalaufwendungen) aufgeführten Mehrbedarfs. Dies wurde zugesagt.

- Produkt 1070 - IT-Management

Fragen zur (Wieder)Einführung der elektronischen Zeiterfassung im Rahmen einer mit dem Personalrat geschlossenen Dienstvereinbarung wurden beantwortet. Verwaltungsseits wurde auf Fragen in diesem Zusammenhang bestätigt, dass im Rahmen einer wirtschaftlich vertretbaren Erfassung eine produktbezogene Zuordnung der Personalkosten erfolgt.

- Produkt 1081 - Zentrale Dienste und Fuhrpark

Der veranschlagte Aufwand bei Nr. 13 (Sach- und Dienstleistungen) für die Ausschreibungen der neuen Telefonanlage und des Reinigungsauftrages wurden auf Fragen erläutert.

- Produkt 1100 - Zentrales Controlling

Der unter Nr. 11 (Personalaufwendungen) ausgewiesene Mehrbedarf auf Grund der Umsetzung eines Beschäftigten (von Ausländeramt zu Controlling) sowie der Vorgang an sich wurden erläutert.

- Produkt 1110 - Revision

Vorsitzender Fiedler bat um Informationen zur Diskrepanz darin, einerseits aus dem Vorbericht zum Haushaltsentwurf erfahren zu haben, dass im Revisionsamt eine Arbeitskraft zwecks Koordinierung von Maßnahmen an der Überwaldbahn (Draisine) abgezogen worden sei und andererseits in Sitzungen von Problemen bei der Arbeitsbewältigung im Revisionsamt zu hören.

Abgeordneter Dr. Greif hatte Fragen zum prognostizierten Ertragsverlust (Gebührenrückgang).

Landrat Wilkes berichtete vom altersbedingten Ausscheiden eines Mitarbeiters, dessen Stelle nicht wieder besetzt werde, was auch im Zusammenhang mit der Auflage der Aufsichtsbehörde hinsichtlich der Reduzierung der Personalkosten zu sehen sei. Im Übrigen habe die Umstellung der Haushaltssystematik von der Kameralistik auf die Doppik

beim Kreis und in den Kommunen in den vergangenen Jahren viel Kraft gebunden, die jetzt wieder mehr und mehr zur Verfügung stehe, so dass angenommen werde könne, künftig mit etwas weniger Personal auszukommen. Zur Beschäftigung eines Mitarbeiters im Zusammenhang mit Ausschreibungen zur Instandsetzung der Überwaldbahn für den Draisinenbetrieb habe es sich nur um eine vorübergehende marginale Tätigkeit gehandelt und nicht um einen ständigen Arbeitsauftrag.

- Produkt 1121 - Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Landrat Wilkes informiert über die bevorstehende interne Wiederbesetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten.

- Produkt 1261 - Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

Die Schwankungen der Erträge aus den Gebühren der Kfz-Zulassungen und Erteilung von Fahrerlizenzen wurden als nicht steuerbar erachtet, da von Außenwirkungen, wie konjunkturelle Entwicklungen, Abwrackprämie usw., abhängig.

- Produkt 1361 - Brand- und Katastrophenschutz

Verständnisfragen zu den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und zu den zur Messung der Zielerreichung festgelegten Kennzahlen (Zahl der durchgeführten Gefahrenverhütungsschauen) wurden von Erstem Kreisbeigeordneten Metz beantwortet und erörtert.

Abstimmungsergebnis: 6 Jastimmen, 3 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung.

Teilhaushalt 04

- Produkte 4011 - Gesundheitshilfen und Prävention und 4020 - Gesundheitsschutz

Die "teilweise" Zuordnung von Personal (auch der Personalkosten) zu diesen Produkten, wie auch bei anderen Produkten, wurde an dieser Stellen noch einmal erläutert.

Abstimmungsergebnis: 6 Jastimmen, 3 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung.

Teilhaushalt 06

- Produkt 6010 - Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Thematisiert wurde die Veranschlagung der Kreisumlage und die dafür zugrundeliegenden Daten und Berechnungen beim Kreis und bei den Kommunen.

Verwaltungsseits wurde darauf verwiesen, dass die Veranschlagung der Kreisumlage beim Kreis auf der Grundlage vorhandener Orientierungsdaten und aktueller Trendberechnungen basiere, die Kommunen dagegen eher vorsichtig vorgehen.

- Produkt 6010 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Thematisiert wurde die Veranschlagung von Zinsleistungen für Investitionskredite und Kassenkredite.

Hinsichtlich der Veranschlagung der Zinsbelastungen sah man seitens der Verwaltung den Kreis auf der sicheren Seite, wenngleich es hierfür mit Blick auf die möglichen Marktentwicklungen keine Garantie geben könne.

Kassenkredite würden nicht in bestimmten Größenordnungen als Gesamtsumme, sondern immer nur innerhalb eines Gesamtrahmens in aktuell erforderlicher Höhe aufgenommen. Regionale Kreditinstitute sähen sich hier nicht in der Lage, mit dem Kreis in der geforderten Größenordnung ins Geschäft zu kommen

- Produkt 6030 - Beteiligungen - Mitgliedschaften

Die Erläuterung zu Nr. 15 (Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen) ist fehlerhaft. Auf das Naturschutzzentrum entfallen als Zuschuss lediglich 33 T€, auf den neuen Betrauungsakt für das Kreiskrankenhaus 2 Mio. €.

Abstimmungsergebnis: 6 Jastimmen, 3 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung.

Auf Fragen teilte Kreisbeigeordneter Schimpf im Verlauf der Beratung mit, dass im nächsten Jahr mit der Umsetzung des Projekts Kosten- und Leistungsrechnung in der Verwaltung begonnen werden solle.

b) Entwurf des Investitionsprogramms

Hierzu gab es keine Fragen und Änderungsvorschläge.

Abstimmungsergebnis: 6 Jastimmen, 3 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung.

c) Entwurf des Haushaltskonsolidierungskonzeptes

Abgeordneter Dr. Greif bat wegen der kurzfristigen Vorlage des gegenüber der im Kreistag eingebrachten Fassung aktualisierter Entwurfs (Stand: 25.11.2011), die Beschlussfassung über eine Empfehlung an den Kreistag bis zur nächsten Sitzung zu verschieben.

Dem wurde entsprochen, das aktualisierte Konzept und die Änderungen aber bereits durchgesprochen. Die Dezernenten und Vertreter der Verwaltung erläuterten die Aktualisierungen, beantworteten Fragen und nahmen Stellung zu:

- Punkt 1.3 - Kommunaler Schutzschirm, Entschuldungsfonds des Landes

Zur Frage, ob dieses Instrument gegebenenfalls auch positive Auswirkungen auf den Kreis Bergstraße hat, wurde mitgeteilt, dass eine Einschätzung der Verwaltung erst möglich sei, wenn die Größe des Fonds, die Verzinsung der gewährten Hilfen und weitere Auflagen feststehen. Konkrete Entscheidungen würden alsdann den Gremien vorbehalten bleiben.

- Punkt 2.2 - Konsolidierung der Personalaufwendungen für 2011

Abgeordneter Dr. Greif bat, die sich infolge der in der Verwaltung propagierten "Entgeltumwandlung" ergebende Zahl der Anträge und deren Auswirkungen und Einsparungen in der nächsten Sitzung zahlenmäßig aufzuzeigen. Dies wurde zugesagt.

- Punkt 2.10 - Aktive Beteiligung am KGSt-Berichtsprojekt "Strategische Haushaltskonsolidierung"

Die Berichterstattung der KGSt-Arbeitsgruppe ist auf Anfang 2012 verschoben worden.

- Punkt 4.5 - Teilhaushalt 3, Soziales und Jugend

Auf Fragen zu Ergebnissen der von der Gemeindefinanzkommission eingesetzten Arbeitsgruppe "Standards" verwies Erster Kreisbeigeordneter Metz u. a. auf die Entlastung der kommunalen Ebene bei der Grundsicherung im Alter und die Ausführungen der Fachabteilungen im Konsolidierungskonzept zu Teilaspekten.

- Punkt 4.6 - Teilhaushalt 4, Gesundheit und Sport

Kreisbeigeordneter Schimpf äußerte die Hoffnung, dass das Thema Interkommunale Zusammenarbeit und Gründung eines gemeinsamen Zweckverbandes für Gesundheit und Veterinärwesen Südhessen nach phasenweisem Stocken wieder in Bewegung gerate.

Grundsätzlich bereite die Anwerbung geeigneter Ärzte für das öffentliche Gesundheitswesen, wie z. B. für das Kreisgesundheitsamt, wegen der restriktiven Haltung der Aufsichtsbehörde bei der zulässigen Dotierung große Probleme.

- Freiwillige/Disponible Leistungen

Vorsitzender Fiedler verwies unter Hinweis auf die Auflagen der Aufsichtsbehörde darauf, dass die freiwilligen Leistungen im ersten Entwurf des Konsolidierungskonzeptes gegenüber dem Vorjahr um 200 T€ gestiegen seien und im jetzt fortgeschriebenen Entwurf noch einmal um rd. 100 T€.

Kreisbeigeordneter Schimpf hielt die Erhöhung für marginal im Verhältnis zum Gesamthaushalt und vor dem Hintergrund des Art. 137 Hessische Verfassung, nach dem den Kommunen noch ein gewisser Freiraum für politisches Handeln bleiben müsse, um nicht gänzlich in die Abhängigkeit des Staates zu verfallen. Landrat Wilkes verwies darauf, dass Prof. Junkernheinrich in seinem Gutachten für die Erhebung einer Grundrechtsklage eine Quote von lediglich 1,7 % des Kreishaushalts für freiwillige/disponible Leistungen festgestellt habe. Abgeordneter Gottfried Schneider war der Meinung, dass die disponiblen Leistungen und deren Steigerung durchaus öffentlich vertreten werden könnten.

Sinn und Wert von Konsolidierungsbemühungen und aufsichtsbehördlichen Auflagen wurden von Abgeordneter Dr. Greif kritisch beurteilt. Abgeordneter Figaj widersprach dem mit Hinweisen auf die Ernsthaftigkeit der Konsolidierungsbemühungen der Verwaltung und der Gremien auch und gerade im disponiblen Bereich.

Fragen von Abgeordnetem von Hunnius betrafen die Streichung von Beitrag bzw. Zuschuss zum Verein "Museumsstraße Bergstraße-Odenwald" (der Kreis ist aus dem Verein ausgetreten) und für das Projekt "Eltern im Gespräch" (Information hierzu wird noch gegeben).

- Allgemeine Fragen

- Vergleichsdaten anderer hessischer Kreise

Unter Bezug darauf, dass den Fraktionen in den Vorjahren Vergleichsdaten des Hessischen Landkreistages zu den Haushalten der Hessischen Kreise anhand gegeben worden seien bat Abgeordnete Hechler, auch die Daten für das laufende Jahr vorzulegen (Die Daten der diesjährigen Haushaltsumfrage wurden den Fraktionen zwischenzeitlich zur Verfügung gestellt).

- zum Stellenplan

Vorsitzender Fiedler fragte am Beispiel des Tourismusbereiches nach "ausgeliehenen" originären Kräften des Kreises oder Übernahme von Personalkostenanteilen durch den Kreis bei Gesellschaften und Verbänden, an denen der Kreis beteiligt ist und die nicht auf den ersten Blick im Haushalt zu erkennen sind.

Nach Hinweisen auf den mit der Ermittlung der Daten verbundenen umfangreichen Arbeitsaufwand will Herr Fiedler eine Auswahl der von ihm erbeten Daten treffen.

Abgeordneter von Hunnius bat um eine Übersicht aller befristeten Beschäftigungsverhältnisse in den einzelnen Organisationseinheiten der Kreisverwaltung.

Die Abstimmung erfolgt in der nächsten Sitzung.

In weiterer abschließende Abstimmung fasste der Ausschuss ohne die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzepts folgenden **Gesamtbeschluss**:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag stimmt den vom Kreisausschuss am 31.10.2011 festgestellten Entwürfen der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 und dem Investitionsprogramm für den Zeitraum 2012-2015 unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen und Ergänzungen (weiße Änderungsliste) zu.

Der Kreistag erlässt gemäß § 30 Ziffer 6 HKO in Verbindung mit § 52 Abs. 1 HKO sowie den §§ 114a, 114d und 114h HGO die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 und beschließt das Investitionsprogramm für den Zeitraum 2012-2015 entsprechend den Entwürfen vom 25.11.2011."

Abstimmungsergebnis:

6 Jastimmen, 3 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung.

Abgeordneter von Hunnius begründete seine Stimmenthaltung damit, dass seine Fraktion noch nicht abschließend über die Zahlenwerke beraten habe.

Die auf Grund von Fragen im Ausschuss für Schule und Soziales und im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss gefertigte Informationsvorlage 17-0321 der Verwaltung "Strategiepapier zum Bildungs- und Teilhabepaket; hier: Soziale Arbeit an Schulen - Entwicklungen in der Eingliederungshilfe" soll im Rahmen der Tagesordnung der nächsten Sitzung behandelt werden.

